

Betroffene protestieren gegen Freileitungsabschnitte

STROMVERSORGUNG Eigentümer von

Grundstücken leisten Unterschriften



Versammelten sich zu einer Protestaktion: Anwohner, Grundstückseigentümer und Pächter aus dem Bereich Austen und Rüssen.

BILD: IG

AUSTEN/RÜSSEN/LD/MAB – Über 50 Anwohner, Grundstückseigentümer und Pächter aus Austen (Gemeinde Colnrade) und Rüssen (Kreis Diepholz) kamen am Sonntag zusammen, um geschlossen gegen den geplanten Freileitungsabschnitt zwischen Colnrade und Rüssen) zu protestieren. Bekanntlich plant die Eon Netz GmbH eine 60 Kilometer lange 380 kV-Höchstspannungsleitung zwischen Ganderkesee und St. Hülfe.

Ursprünglich hatte der Netzbetreiber vor, diese Hochspannungsstrasse durchgängig als Freileitung zu bauen. Durch den Bürgerprotest im ganzen Land wurde durch die Landesregierung Ende 2007 ein Erdkabelgesetz verabschiedet, das aber nur eine Teilverkabelung zulässt. Von den Bürgern gefordert wird nach wie vor eine komplette Erdverlegung. Die Bundesregierung plant derzeit die Verabschiedung eines Gesetzes, durch das ebenfalls nur eine Teilver-

kabelung möglich wäre.

In mehreren Bereichen sollen Freileitungsabschnitte entstehen. Bei jedem Übergang

*2500 m² Fläche
für eine Über-
gangsstation*

zwischen Erd- und Freileitung ist eine Grundfläche von 2500 Quadratmeter notwendig. Für jeden Teilabschnitt benötigt man zwei dieser gro-

ßen Übergangsstationen.

Zwischen Colnrade und Rüssen ist ebenfalls ein etwa drei Kilometer langer Freileitungsabschnitt mit zwei Übergangsstationen geplant. Dagegen protestieren die Betroffenen in einem Schreiben, das diese Woche an die zuständigen Stellen gehen soll. Zugleich wurde darin von den Grundstückseigentümern zum Ausdruck gebracht, dass ihre Grundstücke für eine Freileitungsbauweise nicht zur Verfügung gestellt wer-

den. Nur bei einer Umpflanzung zugunsten der alternativen Erdverlegung sei man zu Gesprächen bereit. „Wenn die Entscheidungsträger und zuständigen Stellen meinen, dass sie durch diese unzureichende gesetzliche Änderung den Netzausbau beschleunigen können, dann haben sie sich getäuscht. Derartige Vorhaben kann man nicht gegen die betroffenen Bürger umsetzen“, so der Colnrader Kai-Uwe Pfänder von der IG „Vor-sicht Hochspannung“.